Vorabentscheidungsersuchen des Rayonen sad — Pazardzhik (Bulgarien), eingereicht am 29. Januar 2020 — SF/ Teritorialna direktsia na Natsionalna agentsia za prihodite — Plovdiv

(Rechtssache C-49/20)

(2020/C 137/50)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Vorlegendes Gericht

Rayonen sad — Pazardzhik

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: SF

Beklagte: Teritorialna direktsia na Natsionalna agentsia za prihodite — Plovdiv

Vorlagefragen

Erste Frage:

Ist Art. 2 Abs. 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 ⁽¹⁾ unter Berücksichtigung des sechsten Erwägungsgrundes sowie der Art. 4 und 5 dahin auszulegen, dass er einer allgemeinen nationalen Rechtsvorschrift wie der im Ausgangsverfahren fraglichen entgegensteht, wonach Zahlungen im Inland in Höhe von 10 000 Leva (BGN) oder mehr nur durch Überweisung oder Einzahlung auf ein Zahlungskonto erfolgen dürfen und die bei Barzahlungen nicht nach der Person und dem Grund differenziert, sondern alle Barzahlungen unter natürlichen und juristischen Personen umfasst?

Zweite Frage:

Ist zur Erreichung der Ziele der Richtlinie unter Berücksichtigung des 59. Erwägungsgrundes nur auf den Umfang der Zahlungen abzustellen, ohne dass es auf die Entgeltlichkeit oder Unentgeltlichkeit des Vorgangs ankommt?

Dritte Frage:

Nach welchen Kriterien bestimmt sich, ob die Transaktionen missbrauchsanfällig sind bzw. ein hohes Risiko besteht?

⁽¹⁾ Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABL. 2015, L 141, S. 73).

Vorabentscheidungsersuchen des Østre Landsret (Dänemark), eingereicht am 12. Februar 2020, Anklagemyndigheden/VAS Shipping ApS

(Rechtssache C-71/20)

(2020/C 137/51)

Verfahrenssprache: Dänisch

Vorlegendes Gericht

Østre Landsret

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsbeklagte: Anklagemyndigheden

Berufungsklägerin: VAS Shipping ApS

Vorlagefrage

Steht Art. 49 AEUV den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats entgegen, nach denen Besatzungsmitglieder aus Drittstaaten auf einem Schiff, das unter der Flagge dieses Mitgliedstaats fährt und im Eigentum eines Schiffreeders steht, der Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats ist, eine Arbeitserlaubnis haben müssen, es sei denn, das Schiff läuft die Häfen des Mitgliedstaats — vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet in einjähriger Rückschau berechnet — höchstens 25 Mal im Jahr an?

Vorabentscheidungsersuchen des Lietuvos vyriausiojo administracinio teismo (Litauen), eingereicht am 13. Februar 2020 — Lifosa AB/Muitinės departamentas prie Lietuvos Respublikos finansų ministerijos

(Rechtssache C-75/20)

(2020/C 137/52)

Verfahrenssprache: Litauisch

Vorlegendes Gericht

Lietuvos vyriausiojo administracinio teismo

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin und Rechtsmittelführerin: Lifosa AB

Beklagte und Rechtsmittelgegnerin: Muitinės departamentas prie Lietuvos Respublikos finansų ministerijos

Vorlagefrage

Sind Art. 29 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 1 Buchst. e Ziff. i der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92⁽¹⁾ des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften sowie Art. 70 Abs. 1 und Art. 71 Abs. 1 Buchst. e Ziff. i der Verordnung (EU) Nr. 952/2013⁽²⁾ des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union dahin auszulegen, dass der Transaktions(zoll)wert so zu berichtigen ist, dass er alle tatsächlich dem Verkäufer (Hersteller) entstandenen Kosten zur Beförderung der Waren zu dem Ort, an dem sie in das Zollgebiet der Europäischen Union (Gemeinschaften) eingeführt wurden, umfasst, wenn wie im vorliegenden Fall erstens gemäß den Lieferbedingungen (Incoterms 2000 — DAF) die Verpflichtung zur Deckung dieser Kosten den Verkäufer (Hersteller) traf, zweitens diese Beförderungskosten über den vereinbarten und vom Käufer (Einführer) tatsächlich gezahlten (zu zahlenden) Preis hinausgingen, drittens aber der vom Käufer (Einführer) tatsächlich gezahlte (zu zahlende) Preis dem tatsächlichen Wert der Waren entsprach, selbst wenn dieser Preis nicht ausreichte, um die dem Verkäufer (Hersteller) entstandenen Beförderungskosten vollständig zu decken?

⁽¹⁾ ABl. 1992, L 302, S. 1.

⁽²⁾ ABl. 2013, L 269, S. 1.

Vorabentscheidungsersuchen des Court of Appeal (Irland), eingereicht am 13. Februar 2020 — K. M./Director of Public Prosecutions

(Rechtssache C-77/20)

(2020/C 137/53)

Verfahrenssprache: Englisch

Vorlegendes Gericht

Court of Appeal (Irland)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsführer: K. M.

Berufungsgegner: Director of Public Prosecutions